

Thälmann ruft: Kampf der Bauernnot!

Die Rede des Führers der deutschen Kommunisten in Oldenburg — Für das Kampfbündnis der Arbeiter und werktätigen Bauern

Nachfolgend veröffentlichen wir die wichtigsten Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Thälmann am Vorabend der Wahl in Oldenburg. In dieser Rede proklamiert der Führer unserer Partei das Bauernhilfprogramm der KPD.

Genossen und Genossinnen!

Im Namen des JA der KPD, und im Namen der roten Massenfront überbringe ich euch die revolutionäre Grüße. Oldenburg ist in letzter Zeit in den Vordergrund des politischen Interesses in Deutschland gerückt. Die Wahlen am morgigen Tage haben nicht nur lokale, sondern allgemeine Bedeutung für ganz Deutschland. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, hier im Norden, im deutschen Oldenburg sprechen zu können, in diesem Gebiet, in dem eine so grenzenlose Not der werktätigen Bauern neben der Not des Industrieproletariats zu verzeichnen ist. Unsere Partei ist in diesem Gebiet noch nicht so stark verankert wie in Berlin, dem Ruhrgebiet, Hamburg, Sachsen und anderen entscheidenden Industriegebieten. Aber auch hier beginnt bereits der Boden sich zu lockern.

Die Bauernbewegung, die 1928 hier in einer Reihe von Orten zum

Sturm auf die Finanzämter

führte, stand bereits nicht mehr unter Führung der Nationalsozialisten. Es gilt dieser Verzweiflung und dieser Not der Werktätigen auf dem Lande immer größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Morgen sollen die Werktätigen Oldenburgs zur Wahlurne gehen. Warum ruft auch diese Wahl ein so riesiges Interesse in der gesamten deutschen Öffentlichkeit hervor? Weil jeder denkende Mensch, weil jeder Politiker weiß, daß der Stimmzettel, daß der Gang zur Wahlurne an sich nichts entscheidet. Weil jeder Politiker weiß: Eine Wahl stellt den armen, gequälten, werktätigen Menschen, der unter den Geißeln der kapitalistischen Krise leidet, vor die Entscheidung:

mit wem will er in Zukunft marschieren, mit wem will er in Zukunft kämpfen, welchem Ziele will er zukünftig zustreben?

Deshalb sagen wir Kommunisten vom Anfang an ganz unambiguiös und klar: Wir buhlen nicht um Stimmen. Wir machen keine Wahldemagogie und keine Redenarten, um die Massen einzuloggen und nachher zu enttäuschen.

Wir wollen die Herzen, die Hirne der Massen. Die sollen für uns stimmen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß sie bereit sind, mit uns zu marschieren, mit uns zu kämpfen, bis dieser schändliche kapitalistische Zustand des Hungers, der Knebelung, der Entrechtung, ein für allemal beendet ist.

Fast 5 Millionen Erwerbslose suchen nach Arbeit und Brot. Aber selbst die bürgerlichen Ökonomen sagen ihnen blühend: Bittere nur, im nächsten Winter wird eure Zahl auf bis zu 7 Millionen anschwellen.

Millionen Betriebsarbeiter rufen: der Hungerlohn reicht nicht mehr aus, um Frau und Kinder zu ernähren und zu kleiden. Aber die Unternehmer rufen zu weiterem Lohnraub. Nicht die Wirtschaftler der Minister und höheren Beamten, sondern die nichtsozialistischen Gehälter der Unteren sollen in erster Linie abgebaut werden.

Der städtische Mittelstand bricht zusammen. Neue Steuern werden ihm aufgelegt. Die Kaufkraft der werktätigen Massen brummt immer mehr zusammen.

Der arme Bauer, der Siedler und Pächter ist am Ende seiner Kraft

Erbarmsungslos dürrt ihm die herrschende Klasse neue Steuern auf und das Finanzamt schlägt den Steuererzähler. Das ganze werktätige Deutschland befindet sich in heller Empörung gegen die Wahlurne der kapitalistischen Krise, Millionen Menschen stellen sich eine Frage: Wo ist der Ausweg aus dieser katastrophalen Krise?

Und niemand von den bürgerlichen Politikern ist imstande, auch nur einen Hoffnungsschrahl oder Silberstreifen am Horizont, geschweige denn einen Ausweg aufzuzeigen.

Zusammengebrochen sind alle die Versprechungen, alle die Wahlurnen, mit denen die bürgerlichen Parteien, besonders die Nationalsozialisten und die Sozialdemokratie, große Massen der Werktätigen betrügen konnten. Blühend gerechtfertigt steht die kommunistische Partei vor den Werktätigen.

Wir haben nichts versprochen. Aber wir haben gesagt: Sowjetrußland zeigt das Beispiel des einzigen revolutionären Auswegs aus dieser Massennot. Allen Verleumdungen zum Trotz hat sich die Wahrheit durchgesetzt. Jedes Kind weiß jetzt schon, daß in Rußland die Erwerbslosigkeit verschwunden ist. Jährlich mehrere Erwerbslose wandern heute aus den bankrotten kapitalistischen Ländern nach Rußland und finden dort Arbeit und Brot. In Rußland steigen die Löhne, wird die soziale Versorgung für die Kranken, für die Invaliden und Alten, für die Frauen und Kinder gewaltig ausgebaut. In Rußland dienen die Schulen und Wissenschaften, Theater und Musik, Film und Radio der Hebung des kulturellen Niveau der Arbeitenden.

In Sowjetrußland geht es bei der ganzen Bauernschaft vorwärts und aufwärts zu Wohlstand und höherer Kultur

Zwei Systeme stehen sich gegenüber, zwei Welten stehen einander und das ganze werktätige Volk wird vor die Entscheidung gestellt: Zusammenbrechender, mordender Kapitalismus, der aufblühender, menschenliebeglückender Sozialismus.

Nur zwei Tatsachen zur Beleuchtung der wirklichen Lage. Eine Woche vergeht, in der nicht in Sowjetrußland neue Lebensbetriebe eröffnet werden. Wo — frage ich — wird in Deutschland irgendein neuer Lebensbetrieb eröffnet? Hier kann jeder Fabrikbesitzer ohne Einschreiten der Regierung ein Betrieb schließen. Dort im Lande des Sozialismus, wenn es einer wagen sollte, einen Betrieb zu schließen, dann würde er als Kapitalist bezeichnet, aber er würde sofort enteignet werden. Was bedeutet es, wenn die Sowjetunion im

Vorjahr 4700, in diesem Jahre aber über 10 000 Zuschlässe von den Oldenburger Bauern lauft? Ist das Zusammenbruch, ist das ein Zeichen von Krise? Nein,

die sozialistische Planwirtschaft kennt keine kapitalistische Krise, kennt keine Arbeitslosigkeit und Lohnrauberei, kennt keine Absatzkrise und keine Verzerrung der Volkswirtschaft. Sie kennt aber auch keine profitgierigen Fabrikbesitzer, keine die Bauern auskaufenden, die Siedler betrugenden und die Pächter auswuchernden Großgrundbesitzer, die das arbeitende Volk bei vollen Scheunen verhungern lassen.

In Deutschland aber haben sich alle Volksfeinde gegen die werktätigen Massen verschworen. Wenn von allen Seiten die Angriffe auf die Existenz und das Leben des deutschen Volkes herniederprasselten, dann muß das ganze werktätige Volk erkennen, daß die Truskapitalisten, die Industriellen, die Großgrundbesitzer, die Bankfürsten, die Militaristen und Volksverdränger noch einem einheitlichen großen Plan vorstehen, daß ihnen ihre Beisten, die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten mit allen Kräften helfen, diesen Hunger- und Anechtungsplan durchzuführen. Das, was wir seit Monaten erleben, was noch jahrelang fortgesetzt werden soll, das ist die schamloseste, umfassendste und niederträchtigste

Hungeraktion aller Volksfeinde

die jemals gewesen ist. Die herrschende Klasse spürt den drohenden Bankrott. In den Konferenzen, auf denen die Industriefürsorge unter sich steht, in den Zeitschriften und Zeitungen, die die große Masse des werktätigen Volkes nicht lesen kann, dort, wo sie ihre Pläne gegen das hungernde Volk schmieden, auf den Tagungen der Spitzenverbände der Industrie und der Aufsichtsräte der Trusk- und Großbanken, dort stellen sie die Frage: Bedroht die Krise das kapitalistische System? — Ja nicht der Bankrott dieses ganzen

genannte „Schiffle“ Hunderte von Millionen in den Köchen warf. Erinnert euch an die zweite Diktaturverordnung Brünings mit den 25 Forderungen, die die Ausplünderung des werktätigen Volkes auf allen Gebieten des täglichen Lebens ungeheuer verstärkte!

Das war Anfang Dezember. Zu Neujahr schrieb der Zentrumsführer Brüning einen Artikel, in dem es heißt:

„Unser ganzes soziales und wirtschaftliches Leben ist vor den Katastrophen bedroht geblieben, die heimlich ernsthaft drohten. Wenn es aber noch Leute gibt, die da meinen und ausruhen, wir hätten schon mitten in der großen Katastrophe sein, so kann man denen gegenüber nur sagen: sie wissen nicht, was sie reden.“

Das sagte Brüning. Ich frage euch alle: Wer ist es, der nicht weiß, was er redet? Herr Brüning, der alles durch die tolle Brille sieht, der seinerseits ein sorgenfreies Dasein führt, mit 35 000 Mark Jahresgehalt mit Nebengehältern extra — oder die Kommunisten, die schon vor dem 14. September vorausgesehen haben, daß die herrschende Klasse mit jamerlicher Regiererei, ihren Sozialdemokraten und Nazis, nicht imstande ist, die Katastrophe zu vermeiden, einen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen. Ich frage euch alle:

Hat die drohende Katastrophe nicht das ganze werktätige deutsche Volk an der Gurgel gefaßt?

Ich Hunger, Not und Sorge um den morgigen Tag nicht täglich Gast in allen deutschen Landen, bei allen Familien Deutschlands, gibt es noch einen Menschen hier, der diesem Zentrumsführer, dieser Zentrumspartei, dieser Regierung mit ruhigem Gewissen, mit Verantwortung vor Frau und Kindern und der eigenen Zukunft sein Schicksal anvertrauen kann.

Die Bourgeoisie und ihr Kanzler Brüning spüren die nahe die Katastrophe, sie wissen um das Wachsen der Empörung, um den steigenden Kampfeswillen der Arbeiter und Arbeitslosen, des städtischen Mittelstandes und der armen Bauern. Ihnen genügt das von den Sozialdemokraten Severing fabrizierte Republikstuckgelebe noch nicht. So kamen sie zu den letzten Diktaturverordnungen im März, die die hungerrnden Massen zwecks weiterer Ausplünderung niederhalten sollen, eine Beterordnung, die sich einzig und allein gegen uns, gegen die Kommunisten, gegen den von uns geführten Freiheitskampf richten. Warum wird die Pressenzur, die Flugblatt- und Plakatzensur jetzt eingeführt? Warum will man die Freiheit der Straße, der Demonstrationen und der Reden rauben? Warum droht man uns mit Verbot und verbietet schon überall unsere Presse?

Herr Brüning hat den Grund hier in Kloppeburg bereits angekündigt. Noch nicht genug der bisherigen Volksausplünderung: Ein neues Sparprogramm durch neue Diktaturverordnungen soll über das werktätige Volk herniederprasseln! Diesmal soll ganze Arbeit gemacht werden. Brüning kündigt im Auftrage der Kapitalisten die allerhöchsten Maßnahmen an.

Die neue Rotverordnung, die Anfang Juni erlassen wird, soll der schwerste Schlag gegen die Arbeitssuche werden und alles übertreffen, was die werktätigen Massen bisher von der Brüningregierung gewohnt waren.



Genosse Ernst Thälmann spricht

Systems schon offensichtlich? Hat sich nicht schon längst das sozialistische System mit dem erfolgreichen Fünfjahresplan der Sowjetunion als besser, erfolgreicher und für die Zukunft aller werktätigen Menschen vorsehend erwiesen?

Natürlich! Aber die Profitjäger denken gar nicht daran, freiwillig abzugeben. Sie denken gar nicht daran, ihre Fabriken, ihren Grund und Boden, ihre Bankkonten, ihre in das Ausland verhöbenen Kapitalien, ihre gewaltigen Dividenden, Direktionsgehälter, Lantimen und Pensionen aufzugeben, den werktätigen Volksmassen und dem sozialistischen Aufbau in Deutschland freiwillig das Feld zu räumen.

Nein, umgekehrt: Sie haben ein Hungerprogramm aufgestellt, das keinesgleichen in der Geschichte noch nicht hatte. Erinnert euch daran, wie die Unternehmer mit brutaler Unterstützung der Regierung und des Schlachtungssapparates, mit Hilfe der Gewerkschaftsböden erst die überstarblichen Löhne abbaute, dann die Abschlässe gewaltig herunterbrachte und jetzt den neuen Lohnabbau durchzuführen suchen. Erinnert euch, wie man den Arbeitern in den Betrieben bei gleichzeitiger Lohnverdrängung, die Leistung herausforderte, Millionen auf die Stempelstellen schickte und gewaltige Milliarden an Lohngeldern auf Kosten der Arbeitssuche ersparte. Erinnert euch, wie die Brüningregierung die ersten Diktaturverordnungen erließ mit Regieresteuer, Kammersteuern und Arzneigebern, Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern, dem sogenannten Rotepfer vom Gehalt der Angestellten und Beamten, dem Raub an der Unterstützung der Erwerbslosen, während sie zugleich den Großgrundbesitzern durch die

Mit einem Schlag wird die Sozialversicherung Deutschlands wegradiert!

Sämtliche Renten sollen um 10 Prozent abgebaut werden. Bestimmt, noch nicht näher bezeichnete Versicherungs zweige sollen aber darüber hinaus noch eine weitere Beschneidung erfahren.

Der schlimmste Streich gilt wieder den Erwerbslosen. Nach dem Pläne Brünings wird die Krankenfürsorge ganz und gar in Weßlall kommen, so daß nach dem Ablauf der Zahlung die Arbeitslosen aus der Hauptunterstützung direkt zum Wohlfahrtsamt wandern müssen. Da aber die Gemeinden angesichts der riesigen wachsenden Zahl der Wohlfahrtsempfänger diese Unterstützung nicht schon radikal kürzen, wird dies bedeuten, daß nach Erlaß der Brüning'schen Rotverordnung nur noch in den seltensten Fällen Wohlfahrtsunterstützung an Erwerbslose ausgezahlt wird. Es ist kaum auszudenken, welche Not dann unter denen eintreten wird, die

ohne jeden Pfennig Beihilfe und Unterstützung

leben sollen. Die Regierung mit dem Grundtag, den Armen alles zu nehmen, um den Reichen alles zu geben, wendet sich abermals gegen die unteren, schlechtbezahlten Beamten, denen nach den neuesten Informationen ein Gehaltsraub von 8 bis 10 Prozent und neue Massenentlassungen drohen.

Damit nicht genug, sollen die letzten sozialpolitischen, in jahrzehntelangen Kämpfen durchgeleiteten Errungenschaften der kommunalen, provinziellen und Reichsfürsorge und Wohlfahrtspflege für Arme, Kranke, Schwangere, Schulkinder usw. abgebaut werden.

Für billiges Geld werden die kommunalen Betriebe (siehe Bomag-Berlin) an die Privatindustrie veräußert, damit diese durch gewaltig heraufgelebte Preise die Bevölkerung besser auszunutzen kann. Und um den Hungerplan abzurunden, kündigen die Unternehmer ihre neuen Lohnabbauoffensiven an, werden immer höhere Leistungen aus den Betriebsarbeitern herausgepreßt, ziehen die Reichs- und Länderregierungen die Wucherzoll- und Steuerfährsche Luft weiter.

Das ist in großen Umrissen die gewaltige Hungeraktion aller Volksfeinde, eine Aktion, die sich richtet gegen mehr als 30 Millionen werktätiger Menschen, die heute schon vor Not und Hunger nicht mehr aus noch ein wissen. Zur Durchführung dieser Hungeraktion wurden die letzten Diktaturverordnungen erlassen, um die werktätigen Massen und ihre revolutionäre Partei zu knebeln und den Empörungsschmerz in Zuschläusern und in Blut zu erstickten. Brüning regiert mit Diktaturverordnungen. Mit neuen sozialistischen